

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 846 ppbn d

## Inhalt

Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der SPD, stellt fest, daß nicht Schlagwörter, sondern sozialdemokratische Politik gefragt ist: Wer oder was ist die "Mitte"?

Seite 1

Fred Zander MdB zum Motto des Weltgesundheitsstages "Älter werden - aktiv bleiben": Verpflichtung, Dank und Anerkennung.

Seite 3

Karl Heinz Hiersemann MdL fordert von Bayerns Innenminister Tandler einen Sicherheits-Bericht: Rechtsradikale Anleitungen zum Bürgerkrieg.

Seite 6

### Dokumentation:

Klaus von Dohnanyi anlänglich des 25jährigen Bestehens der Bundeswehr-Führungsakademie: Kriegsgefahr droht heute nicht von Kriegslüsternern...

Seite 8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 67

7. April 1982

Wer oder was ist die "Mitte"?

Nicht Schlagwörter - sozialdemokratische Politik ist gefragt von Dr. Peter Glotz  
Bundesgeschäftsführer der SPD

Nach jeder Wahl steigt die Zahl der "Wahlanalysen" in diesem Lande kräftig an. Obwohl sie alle vom gleichen Wahlergebnis ausgehen, fühlen sich dennoch Politiker aller Couleur in ihren unterschiedlichen (Vor)Urteilen bestätigt.

Professionelle Wahlforscher beeinflussen die öffentliche Meinungsbildung dadurch, daß sie möglichst schnell - und gerade deshalb auch besonders medienwirksam - mit sogenannten "Wählerstromanalysen" einer staunenden Öffentlichkeit schon am Morgen nach der Wahl verkünden, wo denn wessen Wähler geblieben sind. Wer eine Antwort auf diese in der Tat interessante Frage so schnell zu geben vermag, der darf sich ungeteilter Aufmerksamkeit sicher sein - wobei für die Medienvertreter offenbar das wichtigste ist, daß überhaupt eine Antwort angeboten wird. Es ist schon erstaunlich, wie zählebig sich dann diese Zahlenspielerereien halten, obwohl die Sozialforschung schon häufig genug nachgewiesen hat, daß bei den Zahlen über Wanderungen der Wähler mittels einer "Wählerstromanalyse" Schätzfehler bis zu fast 80 Prozent vorkommen. Insofern ist bei diesen Zahlen Vorsicht geboten.

Seit über einem Jahrzehnt werden dann der SPD mit den Kugeln "rechts", "links" und "Mitte" Akrobatikstücke zur Behebung von Problemen angeboten. Ich behaupte: Solche Begriffe wie "Mitte" oder auch "links" und "rechts" helfen uns bei der Diskussion über den geeigneten Weg zu einer mehrheitsfähigen Politik nicht weiter. Wäre die "Mitte" der Schlüssel zur Mehrheit, so müßte die FDP die stärkste politische Kraft in Deutschland sein: Sie wird von den Wählern überdurchschnittlich stark der "Mitte" zugeordnet und gleichzeitig zählen sich über 70 Prozent der Wähler selbst nach Umfragen zur politischen "Mitte" - und dennoch erhält die FDP allenfalls acht bis zehn Prozent der Stimmen. Selbst wenn man also in den Augen der Wähler eine "Politik der Mitte" - was immer das sein mag - betreibt, ist dies nicht gleichbedeutend mit mehrheitsfähiger Politik.

Wer oder was ist die "Mitte"? Die Stammwähler? Nur 27 bis 28 Prozent der Wähler sind Stammwähler der SPD - sie allein reichen zur Mehrheit nicht aus. Dies haben wir in Nieder-

Wahlkreis Umfragen  
mit dem Sozialdemokratischen  
Pressedienst



sachsen wieder deutlich erfahren: obwohl wir nach den Analysen der Institute unsere Stammwähler weitgehend halten konnten, gab es eine deutliche Niederlage.

Die Bewältigung politischer Aufgaben setzt zunächst einmal voraus, daß man die Probleme richtig definiert. Und unser Hauptproblem ist momentan: Wie schaffen wir es, jene Gruppen, die bisher den Kern unserer Wählerschaft bildeten, zu halten und gleichzeitig die aufgrund sozialstruktureller Veränderungen immer zahlreicheren Angehörigen aus dem Dienstleistungsbereich sowie Jungwähler zu gewinnen. Gerade bei den jungen Menschen hatten wir die größten Verluste in den letzten Jahren zu verzeichnen: Während sich 1980 noch 51 Prozent der Jungen unter 24 Jahre für die SPD entschieden, sind es jetzt nur noch 33 Prozent. Wer die Mehrheit will, der kann sich deshalb nicht nur auf eine dieser Gruppen stützen, sondern der muß eine Politik entwickeln, die für all diese Gruppen attraktiv und überzeugend ist.

Man geht deshalb an den Problemen der Partei vorbei, wenn man vor allem darüber diskutiert, ob die SPD in der "Mitte", "rechts" oder "links" Stimmen verloren hat. Und es bringt auch nichts von einer Polarisierung zwischen zur CDU/CSU abwandernden Berufstätigen beziehungsweise Arbeitnehmern einerseits und zu den "Grünen" abwandernden Nicht-Berufstätigen auszugehen. Über einen längeren Zeitraum vorgenommene empirische Untersuchungen über SPD-Abwanderer zeigen, daß es eine solche Polarisierung schlicht nicht gibt:

- Von den zur CDU/CSU abgewanderten SPD-Bundestagswählern 1980 sind 63 Prozent berufstätig, aber auch 56 Prozent der SPD-Abwanderer zu den Grünen sind berufstätig.
- Jeder 4. SPD-Abwanderer zur Union ist Arbeiter, aber auch jeder 5. SPD-Abwanderer zu den Grünen ist Arbeiter.
- Gewerkschaftsmitglieder sind sogar am stärksten bei den SPD-Abwanderern zu den Grünen vertreten: 28 Prozent (bei den Abwanderern zur CDU/CSU sind es 27 Prozent und bei den SPD-Abwanderern insgesamt 26 Prozent).

Diese Daten zeigen: Eine Unterteilung der SPD-Abwanderer in solche, die zur Union wechseln und im Arbeitsleben verankert sind, und in solche, die zu den "Grünen" wechseln und dem Arbeitsprozeß sich entziehen, ist nicht möglich. Und auch die These über eine Unattraktivität der "Grünen" für gewerkschaftlich verankerte SPD-Anhänger muß vor dem Hintergrund dieser Zahlen mit großer Zurückhaltung betrachtet werden.

Nein, es geht nicht um eine imaginäre "Politik der Mitte", sondern es geht um sozialdemokratische Politik. Es geht um selbstbewußtes Handeln der sozialliberalen Regierung und um ein deutliches sozialdemokratisches Profil in der deutschen Politik. Es war kein Zufall, daß zu Beginn dieses Jahres alle Umfragen ein Zwischenhoch für die Regierung und die SPD signalisierten: Die Ergebnisse waren ein Reflex auf die kluge und die entschiedene Haltung der Regierung auf dem Höhepunkt der Polenkrise (gegen harte in- und ausländische Kritik) und auf die USA-Reise des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Helmut Schmidt, der Mißverständnisse ausgeräumt hat und souverän und abgewogen die deutschen Interessen vertritt.

Es geht um ein deutlicheres sozialdemokratisches Profil. Das heißt:

- Daß Sozialdemokraten am Kernbestand unseres Sozialstaates auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht rütteln lassen.
- Daß Sozialdemokraten Reformperspektiven nicht nur bei hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten verfolgen.
- Daß Sozialdemokraten an der Fortsetzung der Entspannungs- und Friedenspolitik festhalten auch und gerade in Zeiten zunehmender Spannung und unsere eigenständigen nationalen Interessen kraftvoll vertreten.

Solche Politik hilft uns bei den Überlegungen zu einer mehrheitsfähigen sozialdemokratischen Politik. Schlagwörter wie Mitte, rechts und links sind oberflächlich und bezeichnen die Konflikte von heute nur noch ungenau - sie treffen am Ziel weit vorbei.

(-/7.4.1982/hj/ca)

+ + +



**Alter werden - aktiv bleiben**  
-----**Weltgesundheitsstag als Verpflichtung, Dank und Anerkennung****Von Fred Zander MdB****Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit**

Der diesjährige Weltgesundheitsstag steht unter dem Motto "Alter werden - aktiv bleiben". Das ist ein gutes Motto, denn es zeigt eine gewandelte Einstellung zum Alter, zu den älter werdenden Menschen. Früher eher vernachlässigt, erfährt das Alter heute die Wertschätzung, die ihm gebührt: als gleichwertige, interessante, aktive Lebensphase, wie die anderen Phasen eines menschlichen Lebens auch.

Ich sehe diese gewandelte Einstellung zum Alter mit sehr viel Sympathie. Denn der älteren Generation mit respektvoller Aufmerksamkeit zu begegnen ist für mich ein Akt der Solidarität der Jungen gegenüber den Alten. Es ist für mich Verpflichtung, Dank und Anerkennung für eine Lebensleistung, die auch uns Jüngeren zugute gekommen ist. Dies gilt in besonderem Maße den alten Menschen von heute:

- Sie haben die furchterlichen Wunden des Krieges erlitten und überwunden,
- sie haben unser zerstörtes Land wieder aufgebaut,
- sie haben Wohlstand und soziale Sicherheit hart erarbeitet,
- sie haben eine neue Demokratie aufgebaut,
- sie haben Frieden und Rechtsstaat gefestigt.

Wenn wir heute ruhig ein wenig stolz sein können auf unser Land und seine internationale Stellung, so verdanken wir das zum großen Teil denen, die heute alt sind.

Für die Bundesregierung ist diese Vorstellung von der älteren Generation immer gegenwärtig, wennes darum geht, Politik für die älteren Menschen in unserer Gesellschaft zu machen. Das kann allerdings nicht das einzige Motiv sein, denn Politik für alte Menschen ist ja nicht nur Politik für diejenigen, die heute schon alt sind. Sie ist auch Politik für die Zukunft, für die Familien, für den Familienzusammenhalt. Die Altenpolitik von heute schafft die Grundlagen und Voraussetzungen für die Verhältnisse, in denen auch wir Jüngeren im Alter leben werden.

Die Bundesregierung betrachtet die Erhaltung der Selbständigkeit der alten Menschen als eine wichtige Voraussetzung für ein zufriedenes Altersdasein. Sie hat ihre Politik auf dieses Ziel hin orientiert.

Wir können heute feststellen, daß die materielle Sicherheit im Alter einigermaßen gewährleistet ist. Die Alterseinkommen haben ein beachtliches Niveau erreicht und werden überwiegend als zufriedenstellend bezeichnet. Anfang dieses Jahres stiegen die Renten um 5,76 Prozent, also stärker, als die tariflichen Löhne und Gehälter, und heute vor einer Woche hat die Bundesregierung entschieden, daß die Alterseinkommen auch im Jahre 1983 um 5,6 Prozent angehoben werden.

Materielle, finanzielle Sicherheit im Alter ist eine ganz entscheidende Voraussetzung für einen aktiven und erfüllten Lebensabend.

Unabhängigkeit im Alter erfordert auch eine funktionierende ärztliche und gesundheitliche Versorgung und Vorsorge. Durch die Rentnerkrankenversicherung und die Leistungen im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes ist auch hierfür Sorge getragen.

Natürlich muß für die alten Menschen auch eine vernünftige Wohnraumversorgung gewährleistet sein, die ausreichende Wohnungen zu erschwinglichen Mieten zur Verfügung stellt. Hierzu haben wir durch das Altenwohnraumprogramm, das Wohngeldgesetz und das 2. Wohnraumkündigungsschutzgesetz wichtige Beiträge geleistet.



Ein Problem allerdings bedrückt mich sehr. Es geht um die Sicherung der Kosten im Pflegefall. Auch nach einer mehr als 40jährigen Berufstätigkeit reichen oft die Renten nicht aus, um die Kosten für einen Pflegeheimaufenthalt zu bezahlen. Ich halte das für ein Übel. Es liegen inzwischen Vorschläge für eine Neuordnung im Bereich "Pflegebedürftigkeit" vor. Allzulange werden Bund und Länder mit einer Neuregelung nicht mehr warten können.

In unserer Gesellschaft ist die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern und bei Frauen weiter angestiegen, Männer werden im Durchschnitt fast 70 Jahre, Frauen 76 Jahre alt. Heute sind etwa 20 Prozent unserer Bevölkerung 60 Jahre und älter. Dieser Anteil wird zunehmen. Bei gleichbleibender Geburtenhäufigkeit wird es im Jahre 2000 schon 25 Prozent betragen.

In den letzten Jahren ist die Diskussion um die Verkürzung der Lebensarbeitszeit intensiver geworden. Die hohe Arbeitslosenrate hat diese Diskussion zusätzlich belebt. Wenn infolge der zunehmenden Automatisierung und Technisierung der Produktionsverfahren immer weniger Menschen immer mehr Güter herstellen, dann muß eine der Antworten auf diese Entwicklung die Verkürzung der Lebensarbeitszeit sein.

Schon jetzt haben wir einen sehr flexiblen Übergang zum Ruhestand. Tatsächlich ist es heute nur noch eine Minderheit, die erst mit dem 65. Lebensjahr aus dem Erwerbsleben ausscheidet. Die durchschnittliche Lebenserwartung wird weiter steigen. Das heißt: Das Leben nach der Berufstätigkeit beginnt für viele nicht nur früher, es dauert auch länger.

Diese Entwicklung birgt Chancen, aber auch Probleme: Chancen, weil sie mehr Menschen eine längere Zeit ohne den Stress des Berufslebens beschert. Probleme aber auch, weil der Einzelne auf diesen Lebensabschnitt nach dem Beruf vorbereitet sein muß, wenn er ihn als eine sein Leben bereichernde Zeit erleben will, die ihm neue, bisher vielleicht zu kurz gekommene Möglichkeiten erschließt. Nur wer sich geistig und körperlich Beweglichkeit und Spannkraft bis ins Alter bewahrt, wird auch nach dem Ende der Berufstätigkeit ein erfülltes Leben führen können. Ob dies letztlich gelingt, hängt wesentlich vom einzelnen, aber auch davon ab, ob die Gesellschaft ihm hilft, seine Chance zu nutzen.

Eine aktive Lebensführung bringt die alten Menschen immer wieder mit anderen in Kontakt. Gespräche werden geführt; Bekanntschaften aufgenommen und nicht selten daraus Freundschaften entwickelt. Die Gefahr, daß aktive alte Menschen isoliert leben oder vereinsamen, ist viel geringer als bei Passiven.

Die Stellung der alten Menschen in der Gesellschaft hat sich stark gewandelt. In der Antike waren sie die Lebenserfahrenen, die Wissenden; der Rat der Geronten wurde in der Antike für politische Entscheidungen gesucht.

In der Nachkriegszeit wurde es "still" um die alten Menschen. Nicht wenige klagten darüber, sie fühlten sich "abgeschoben", aufs "Altenteil" gesetzt. Das mag etwas überspitzt dargestellt sein, aber so ganz unberechtigt scheint mir diese Klage auch wieder nicht zu sein. In jüngster Zeit erleben wir, daß die älteren Bürger sich wieder mehr zu Wort melden und für ihre Interessen eintreten. Ein Beispiel dafür ist der laute - und ich füge hinzu: der berechtigte - Protest älterer Menschen gegen den von der Mehrheit im Bundesrat durchgesetzten Beschluß zur Kürzung des Zusatzzuschusses für Halbbewohner mit Sozialhilfeanspruch. Wenn es - was ich sehr hoffe - gelingt, diese unsoziale Kürzung wieder rückgängig zu machen, dann wäre das ein ermutigender Erfolg. Die Koalitionsfraktionen im Bundestag jedenfalls wollen einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen.

Aktives Leben heißt auch aktives Mitgestalten der Politik. Selbstverständlich können die alten Menschen in den politischen Parteien, in anderen gesellschaftspolitisch wichtigen Gruppierungen, mitwirken und so ihren Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse ausüben. Darüber hinaus beobachten wir in der Bundesrepublik seit einigen Jahren eine erfreuliche Zunahme der Zahl der Selbsthilfegruppen älterer Menschen, in denen die Probleme der Alten, aber auch anderer Gruppen, aktiv angepackt und bewältigt werden.

In den Bereichen von Kultur und Wissenschaft zum Beispiel ist es gar nicht so selten, daß Bejahrte weiterhin zu den Spitzenkünstlern zählen, sei es als Dirigent, Künstler, Schauspieler oder auch als Wissenschaftler. Hier erleben wir noch relativ häufig,



daß im hohen Lebensalter die "Ernte" eingebracht werden kann, die sich als Summe aus Lebenserfahrung, Wissen und Können eben erst in späteren Jahren ergibt. Aber wieviele Menschen haben das Glück, zu diesen doch sehr kleinen Gruppen zu gehören? Die Mehrzahl aller hat ein Leben als Arbeiter oder Angestellter hinter sich, angefüllt mit Routine, bei dem sich wenig ergibt, was sich zu "ernten" lohnt. Die Vorbereitung auf das Alter wird für diese Menschen rechtzeitig einsetzen müssen, damit sie die vielfältigen Angebote, die sich auch ihnen für eine sinnvolle Tätigkeit im Alter bieten, auch aufgreifen können. Aus meiner Sicht ist die Aufforderung "Älter werden - aktiv bleiben" der Aufruf an die älteren Bürger im gesellschaftspolitischen Bereich Engagement zu entwickeln. Die Aufforderung aktiv zu bleiben, ist die Aufforderung zu mehr politischer Mitwirkung. Sie bedeutet auch die Übernahme von Verantwortung und Verpflichtung.

"Älter werden - aktiv bleiben" ist ein Motto, das zum Ziel hat, Freude am Leben auch im Alter zu fördern. Es meint nicht nur die kleinen Dinge des Lebens: die Briefmarken, den Schrebergarten, die Hausmusik und das Sonntagsessen, es meint vor allem: Geselligkeit, Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, Freundschaft und Nachbarschaft und darauf aufbauend soziales und gesellschaftliches Mitwirken. Natürlich steht auch hierbei die Erhaltung der Gesundheit im Vordergrund, die zwar nicht alles ist, wie es Schopenhauer formuliert hat, ohne die aber alles nicht geht. Gesundheit aber ist ja nicht nur eine körperliche Eigenschaft, die durch gesunde Ernährung, ausreichenden Schlaf, vernünftige Bewegung und ausgleichende Freizeit sichergestellt werden kann. Sie stellt sich erst dann ein, wenn mitmenschlicher Kontakt besteht und das Gefühl der Geborgenheit in einer Gemeinschaft.

Was politisch getan werden kann, um die Voraussetzung für ein erfülltes Leben im Alter zu schaffen, müssen wir, die Politiker tun; diese Möglichkeit aber auch anzunehmen und so auszugestalten, daß sich daraus auch für die Nachwachsenden noch ein Ertrag ergibt: das liegt allein bei denen, die heute im Ruhestand leben. Das Leben im Alter aktiv gestalten, heißt eben auch, es vorbildhaft zu entwickeln, es vielleicht anders als bisher anzulegen und zu gestalten. Dafür gilt es zu werben. (-/7.4.1982/hj/ca)

+ + +



**Rechtsradikale Anleitungen zum Bürgerkrieg**  
-----**Tandler muß im Sicherheitsausschuß Bericht erstatten**

Von Karl Heinz Hiersemann MdL

Sicherheitspolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Die Gefährlichkeit und offenkundige Militanz rechtsextremistischer Gruppen und Zirkel dürfte gerade nach den Veröffentlichungen des "PresseDienstes Demokratische Initiative" (PDI) auch dem bayerischen Innenministerium nicht mehr verborgen sein. Daß ein Rechtsextremist mit einer Postadresse in Lindau unverblümt Anleitungen zur Verführung der Jugend und zum Bürgerkrieg verbreitet und dabei auch noch die Staatsanwaltschaft verhöhnt, dürfte wohl selbst den Innenminister aus seinem Verharmlosungs-Schlummer gegenüber der rechtsradikalen Szene reißen. Ich habe jedenfalls heute Schreiben an den Vorsitzenden des Sicherheitsausschusses, Dr. Beckstein (CSU, und Minister Tandler verfaßt, in denen ich die Erweiterung des Berichts über rechtsextreme "Mordlisten" im Sicherheitsausschuß um Aussagen zur Person Walter Ochsenberger und dessen Handbuch forderte.

Die Lose-Blatt-Sammlung, die der Leiter des "Nachrichten-Austausch-Dienstes" Ochsenberger im letzten Jahr in Österreich und nun auch in Bayern verteilt hat und die durch "ständige Nachlieferungen" ergänzt werden sollen, ist als Verhaltensmaßregeln im Falle eines Krieges getarnt. Schon eine flüchtige Durchsicht zeigt allerdings, daß es sich dabei um Anleitungen zum Bürgerkrieg und zur Schulung militanter rechtsradikaler Nachwuchskräfte.

"Die im Abschnitt Zivilverteidigung angeführten Beispiele gelten selbstverständlich nur in einem Kriegsfall oder im Falle eines Einmarsches oder Überfalls einer ausländischen Macht. Die Staatsanwaltschaft soll sich deshalb keinerlei Hoffnung hingeben, den Herausgeber wegen dieses Abschnitts festnageln zu können", spottet "der Herausgeber", der sich selbst im Impressum zu erkennen gibt: "Herausgeber, Eigentümer, Verleger und Hersteller: N.A.D. (Nachrichten-Austausch-Dienst) - D-8990 Lindau - Postfach 1661. Verantwortlich f.d. Inhalt: W. Ochsenberger, 6912 Hörbranz, Leiblachstr. 9 (Tel. 05573/2898). Bestellung für Österreich A-6911 Lochau - Postfach 14."

Ochsenberger ist den österreichischen Behörden kein Unbekannter. Er war Gründer des "Bundes volkstreuere Jugend", (Gründungsmitglied der "Nationaldemokratischen Partei Österreichs/Vorarlberg" NDP; der Schwesterpartei der bundesdeutschen NPD) und dessen Landesvorsitzender. Auf Grund seiner neonazistischen Aktivitäten liefen gegen ihn zahlreiche Gerichtsverfahren, die ihm Geldstrafen von 24.000 Schilling einbrachten. 1981 war Ochsenberger Mitorganisator des verbotenen NDP-Parteitag in Vorarlberg.

Im Begleitbrief zu seinem 35seitigen Grundstock der Lose-Blatt-Sammlung schreibt Ochsenberger: "Die vorliegende Hauptmappe ist als Lose-Blatt-Sammlung angelegt, die durch ständige Nachlieferung ergänzt wird. In dieser Lose-Blatt-Sammlung sind Möglichkeiten aufgezeigt für die politische Arbeit von einzelnen Personen als auch von Verbänden und Parteien.

Es zeigt sich, daß die Theorie der Umerzieher, die Frankfurter Schule, die Ansichten von Horkheimer, Adorno, Marcuse und Habermas, wohl schwerwiegende Auswirkungen in der Jugend zeigt, daß sich aber in letzter Zeit Widerstand gegen diese einseitige Information der Jugend zu regen beginnt...

Es kommt auf die Glaubwürdigkeit der Botschaft an, auf den Verzicht auf oberflächliche Kosmetik und Schönfärberei. Mit diesen Grundfragen haben wir uns ständig auseinanderzusetzen. Die moralische Begründung unserer Arbeit stellt sich jeden Tag für jeden ein-



zelen von uns neu. Wenn wir der Meinung sind, daß die uns von den Systemparteien und -gruppen angebotenen Lösungen Holzwege sind, weil sie zum Beispiel zu einem Abbau der Freiheit und zur Intoleranz führen, dann haben wir allen Grund, mit allen geeigneten Mitteln der Information in der Öffentlichkeit für unsere Auffassung und für unsere politische Idee zu werben. Über den Stil wird man reden müssen. Der Herausgeber."

Wie sich der Herausgeber diesen Stil vorstellt, zeigt sich in der Lose-Blatt-Sammlung, etwa in der Anleitung "Lautloses Erledigen eines Wachpostens". Dort wird in Wort und Skizzen dargestellt "die Stelle, die man treffen muß:

1. schräg zwischen Kreuz und Lenden oder
2. zwischen die Schulterblätter unterhalb des Nackens."

"Werkzeug" ist in den Abbildungen ein Beil, das mit der stumpfen Seite verwendet wird.

Auch die "Durchgabe einfacher Meldungen mit primitiven Mitteln" ist anschaulich dargestellt:

"- Gewisse Ortschaften müssen zwangsläufig immer wieder betreten werden. Hierin liegt eine große Gefahr für die Kleinkriegsverbände (Hinterhalt durch den Gegner)

- geeignete Zeichen sind:

a) am Tag:

- Öffnen und Schließen bestimmter Fensterläden.
- Heraushängen von Wäsche.

b) bei Nacht:

- Beleuchtetes oder verdunkeltes Dachfenster, Stalltüre und so weiter."...

Was hier zusammengestellt ist, deutet doch eindeutig auf Überfälle auf Munitionslager auf Anleitungen für einen Bürgerkrieg hin. Ähnliche Anleitungen sind bisher bereits aus dem Umfeld der Bader-Meinhof-Gruppe und der Rote-Armee-Fraktion (RAF) bekannt geworden.

Auch den "Kampf um die Jugend" will der Verfasser führen:

"Der Gegner fürchtet die gemeinschaftsbildenden Kräfte, die in der freien und nationalistischen Jugendbewegung lebendig sind... Jedes äußere und innere Festhalten an der alten Form wird konsequent verfolgt. Es wird der nationalen und volkstreuere Jugendbewegung insbesondere verboten: Tragen von Uniformen oder uniformähnlichen Kleidungsstücken. Führen von Abzeichen, Fähnlein und so weiter, geschlossene Aufmärsche, Wandern, Zeiten..."

Als Gegner sieht Ochsenberger "eine auf die Separatistennation ausgerichtete Jugend (siehe Bundesjugendring und ähnliches)".

Die "Taktik der Widerstandsbewegung" beschränkt sich nach Ochsenbergers Strategie vorerst auf die Sammlung von Waffen. Der Verfasser gibt hier allgemeine Anweisungen zum Verbergen von Waffen und Munition, aber auch spezielle zu den Techniken der Einlagerung von Waffen und Munition (lose Patronen, Packungen und so weiter) die "Technik zur Einlagerung von Waffen":

- Die ganze Waffe stark einfetten (nur Waffenfett verwenden).
- Die Laufmündung mit einem Fett- oder Wachspropfen schließen,
- Den Verschlußkasten mit einem ölgetränkten Lappen umwickeln.
- Die ganze Waffe in ein großes Tuch einhüllen und dieses mit Schnüren festbinden.
- Die so verpackte Waffe in eine Holzkiste legen.
- Die Fugen der Holzkiste abdichten. Mittel: Kerzenwachs, Kitt und so weiter.
- Die Holzkiste mit Dachpappe und anschließend an einem trockenen Ort vergraben."

Die kürzlich in der Lüneburger Heide entdeckten Waffenlager wiesen im Übrigen starke Ähnlichkeit mit Ochsenbergers Versteckmethoden auf.

Es ist höchste Zeit, daß sich das bayerische Innenministerium damit beschäftigt. Zumal zum einen die Beziehungen des Verfassers zu rechtsradikalen Kreisen in der Bundesrepublik Deutschland bekannt sind, und zum anderen die Postfachadresse in Lindau gerade auf Bayern deutet.



D O K U M E N T A T I O N

Kriegsgefahr droht heute nicht von Kriegslüsternen...

Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hat anlässlich des 25jährigen Bestehens der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg unter anderem folgendes ausgeführt:

25 Jahre Führungsakademie, das war eine Generation ohne Krieg in Europa. Das bedeutet Erziehung einer ganzen Generation von Soldaten und Offizieren. Das heißt schließlich: Eine Generation Friedensarbeit an dieser Akademie.

Die in Europa friedliche Zeit seit 1945 mißt inzwischen eine Strecke viel länger als die von 1914 bis 1945, in der zwei Weltkriege, die große Depression und der Nationalsozialismus Europa und die Welt umstürzten und in weiten Teilen zerstörten.

Wir haben uns an diesen Frieden gewöhnt. Der Friede ist uns selbstverständlich geworden. Vielleicht sogar gefährlich selbstverständlich. Denn Konfliktherde in der Welt verflechten sich kritisch miteinander, und unter der friedlichen Oberfläche beschleunigen sich Rüstungsausgaben und Rüstungstechnologien im Waffenwettlauf zwischen Ost und West. Waffen werden von aller Welt in alle Welt verkauft gegen die harte Währung von Arbeitsplätzen. Ohne Rücksicht auf soziale Interessen und wirkliche Sicherheit, und zwar sowohl der Waffenkäufer als auch der Waffenverkäufer.

Hamburg hat die beiden großen Weltkriege mit Blut, Tränen und Zerstörung bezahlt. Den ersten dieser Weltkriege wollte niemand, den zweiten eine kleine, verbrecherische Minderheit der deutschen Reichsregierung. Übrigens nicht von Militärs, sondern von Zivilisten.

Kriegsgefahr droht heute nicht von Kriegslüsternen und nicht von Soldaten, sondern von politischen Abenteurern und von Zivilisten, die Kontrolle über Interessenkonflikte und Waffenarsenale der Welt verlieren könnten. Was Präsident Eisenhower bei seinem Abschied als gefährliche Verselbständigung des industriell-militärischen Komplexes warnend charakterisiert hat, wäre nämlich nichts als die Kehrseite verlorener politischer Kontrolle über Interessenkonflikte und Technik.

Es sind auch Nachdenkliche unter denen, die einen dritten Weltkrieg für wahrscheinlich, weil für geschichtlich logisch, halten. Ein dritter Weltkrieg wäre das Ende Europas, wäre die Vernichtung auch unserer Stadt. Es gibt daher für uns Europäer keine wichtigere und auch keine dringendere Aufgabe, als der Geschichte diesen Weg zu verbauen. Es gibt nichts Wichtigeres für Europa als den Frieden.

Kriegsverhinderung in Europa ist noch nicht Frieden im evangelischen Sinne. Eine Welt ohne Krieg wäre das höhere Ziel, Kriegsverhinderung in Europa ist die für uns dringlichere Aufgabe. Übrigens auch das Ziel, auf das wir am ehesten selbst Einfluß nehmen können.

Wenn Kriegsgefahr nicht in erster Linie aus böser Absicht, sondern aus Fehleinschätzungen und Führungsversagen entsteht, dann ist es für die Kriegsverhinderung auch nicht mit guter Absicht getan, sondern nur mit richtiger Einschätzung der Zusammenhänge und mit Führung.

Die Aufgabe der Führungsakademie der Bundeswehr ist es nicht zuletzt, diese Fähigkeiten zu fördern. Urteilsfähigkeit, Entschlußfähigkeit, Führungsfähigkeit zu stärken. Dies ist das Konzept des Bürgers in Uniform.





Wer Urteilsfähigkeit will, muß im Vorurteil seinen ärgsten Feind sehen. Einsicht in die Interessenlage der politischen und militärischen Gegenüber ist dafür entscheidend. Wer, wie zum Beispiel die Sowjetunion, im Verhalten der Nato in Europa nicht Sorge über den Verlust militärischen Gleichgewichtes, sondern Aggressivität erkennen will, der bestätigt seine Vorurteile und stärkt nicht die Urteilskraft. Ebenso sollten unsere amerikanischen Freunde sich nicht einreden lassen, daß die USA weltweit militärisch ins Hintertreffen geraten sei; oder, daß soziale Veränderungen in einer noch von den Folgen des Kolonialismus geprägten Dritten Welt in erster Linie das Ergebnis sowjetischer Konspiration sind. Im Gegenteil: Mit solchen sozialen Veränderungen und ihren Spannungen werden wir noch lange zu leben haben.

Unser Interesse als Europäer muß es daher sein, Spannungen in der Welt teilbar zu machen. Unser Interesse ist es, natürliche Interessengegensätze der Großmächte nicht zu ideologisieren; ist es, immer der Vernunft eine Gasse zu bahnen.

Hamburg ist stolz darauf, daß die Führungsakademie der Bundeswehr in seinen Mauern steht. Wir unterstützen alle Bemühungen, die rationale Friedensarbeit zu ermöglichen. Verteidigungsfähigkeit gehört zu dieser Friedensarbeit. Und zur Fähigkeit zu verteidigen, gehört die Fähigkeit zu führen.

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg unterstützt auch die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung. Wir bedauern, daß CDU/CSU-geführte Bundesländer anstatt an einer konstruktiven Fortentwicklung dieser Gesellschaften zu wirken, sich der Zusammenarbeit entzogen haben.

Hamburg wird sein Institut für Friedensforschung ausbauen. Dabei werden wir mit besonderer Aufmerksamkeit uns denjenigen Forschungsbereichen zuwenden, die konkret Aufgaben der Abrüstung in Europa sachkundig unterstützen könnten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich eine Mahnung an die junge Generation richten: Gerade diejenigen, die der Auffassung sind, daß die notwendigen Fortschritte im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung noch nicht gemacht wurden, müssen wissen, daß ein hohes Maß an Engagement, Sachverstand und zäher Arbeit notwendig ist, um Abrüstung voranzutreiben. Wer die gute Absicht schon für die gute Tat hält, wer aussteigt, anstatt in die Abrüstungspolitik im Detail einzusteigen, der nutzt seiner Sache nichts. Sachverstand ohne Herz ist Technokratie. Aber Herz ohne Sachverstand bleibt am Ende in der Politik bloße Hoffnung.

Ich möchte deswegen an dieser Stelle all denjenigen danken, die an dieser Akademie als Lehrer und Forscher sich um einen Sachverstand mit Friedensengagement mühen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber auch im Namen des Hamburger Senats und der Bürgerschaft der Bundeswehr für die Erfüllung ihres Sicherheits- und Verteidigungsauftrages ausdrücklich danken.

Ich wünsche der Führungsakademie der Bundeswehr weiterhin erfolgreiche Arbeit.

Des Soldaten größter Erfolg heißt: Frieden.

(-/7,4,1982/vo-he/ca)

+

+

+

Verantwortlich: Willi Carl

